

Blockfreie Staaten empfehlen Sanktionen der UN gegen Israel

Außenminister der blockfreien Staaten beschlossen auf Konferenz von Lima, dem Israel der Vereinten Nationen zu empfehlen, Sanktionen zu verhängen. Der Zionsismus wird als „Bedrohung des Weltfriedens“ bezeichnet. Der Antrag wurde einstimmig angenommen und der PLO, Israel und den Vereinten Nationen ist von der Teilnahme an kommenden Verhandlungen ausgeschlossen. Der Antrag wurde allerdings bei der Abstimmung nicht angenommen.

Deutscher Vize-Außenminister verhandelte mit PLO-Vorleiter

Der libanesischer Präsident Franjihi empfing am Montag den deutschen Vize-Außenminister Karl Mörner (FDP). Mörner hatte eine Aussprache mit dem PLO-Führer Schafik Haddad. Die Aussprache wurde von einem israelischen Beamten beobachtet. Mörner erklärte, dass er die israelische Regierung nicht als „beseitigt“ bezeichnet. Die israelische Regierung erklärte, dass sie die israelische Regierung nicht als „beseitigt“ bezeichnet. Die israelische Regierung erklärte, dass sie die israelische Regierung nicht als „beseitigt“ bezeichnet.

ZWEI TERRORISTEN BEI SARIT GETÖTET

Zwei Terroristen der Gruppe waren am Montag bei Sarit getötet. Die beiden Terroristen waren etwa 20 Jahre alt und gehörten zu den „Fatah“-Organisationen. Die israelische Armee erklärte, dass sie die Terroristen getötet hat. Die israelische Armee erklärte, dass sie die Terroristen getötet hat. Die israelische Armee erklärte, dass sie die Terroristen getötet hat.

TERRORISTENGRUPPE AUSGEHOHEN

Eine Terroristengruppe wurde am Montag ausgehoben. Die Gruppe wurde in der Nähe von Jerusalem gefunden. Die israelische Armee erklärte, dass sie die Gruppe ausgehoben hat. Die israelische Armee erklärte, dass sie die Gruppe ausgehoben hat. Die israelische Armee erklärte, dass sie die Gruppe ausgehoben hat.

PHILIP (Schrage) FISCHMANN

Philip (Schrage) Fischmann, 31.8.1975. Ein Beerdigung findet heute, Sonntag, den 31.8.1975, um 10 Uhr im Krematorium, Jerusalem, statt. Im Namen der trauernden Familie: Tochter: GRETE, Enkelkinder und Geschwister.

ISRAEL NACHRICHTEN

SONNTAG, 31. AUGUST 1975 • PREIS: IL 1.40

Nur kleine Meinungsverschiedenheiten verzögern Abzeichnung des Abkommens

„Noch nie waren beide Vertragspartner einer Unterzeichnung so nahe wie jetzt“, versichert der „Jedende Beamt“ im Gefolge des amerikanischen Außenministers Dr. Kissinger. Zugleich wurde aber zum Ausdruck gebracht, dass noch immer einige Fragen zu klären sind. Es ist daher noch nicht sicher, ob die israelische Regierung bereits heute die endgültige Zustimmung zum Abkommen geben kann. Kissinger führte gestern in Alexandria zwei Aussprachen mit dem ägyptischen Präsidenten Sadat. Danach gab er zu erkennen, dass ein weiterer Fortschritt erreicht wurde, aber immer noch Verhandlungen erforderlich sind. Es könnten jetzt schon keinerlei Zweifel mehr darüber bestehen, dass der Entwurf heute oder morgen abgezeichnet werden kann. Eines der neuen Probleme, die jetzt aufgetreten sind, besteht in Meinungsverschiedenheiten über die Frage, welcher Militärstand die Durchführung des Abkommens überwachen soll. Außerdem wurde noch keine völlige Übereinstimmung über die Zahl der Truppen, die Ägypten im Gebiet östlich des Suezkanals stationieren darf, erzielt. Dennoch handelt es sich nach den Worten Kissingers hierbei um „kleine Feinheiten“, deren Formulierung in Anbetracht der vorzüglichen Verhandlungslage nur noch ein untergeordnetes Problem darstellen kann. Die Ägypter halten sich allerdings mit Lobpreisungen des Abkommens zurück. Immer wieder erklären Regierungsmitglieder, dass der Krieg gegen Israel erst nach der Räumung aller besetzten Gebiete beendet sein kann. Gestern Abend kehrte Kissinger wiederum nach Israel zurück. Wie üblich, gab er auf dem Ben Gurion-Flughafen keinerlei Erklärungen an die Journalisten ab, sondern flog sofort mit dem Hubschrauber nach Jerusalem. In den Verhandlungen mit dem israelischen Verhandlungsteam über eine friedliche Regelung zu Syrien und Jordanien. Zugleich wurde jedoch festgestellt, dass der Vertrag mit Ägypten von solchen Verhandlungen unabhängig ist und dass in ihm keine Termine für weitere Verhandlungen mit anderen arabischen Staaten genannt werden. Allon sagte, der von ihm vertretene Plan für die Regelung der Probleme des Westufers sei nach wie vor die beste Lösung, aber er könne nicht sagen, ob Verhandlungen mit Jordanien auf dieser Basis vor sich gehen werden. Am Wochenende werden wir wissen, ob der vorbereitete Interimsvertrag mit Ägypten unterzeichnet werden kann. Wenn die notwendigen Informationen vorliegen, wird die Regierung den Vertrag genehmigen. Dann wird er der Knesset zur Bestätigung vorgelegt werden. An sich ist auch dem Gesetz die Regierung nicht dazu verpflichtet, das Votum der Knesset abzuwarten. Aber aus politischen und moralischen Gründen ist eine eindeutige Entscheidung der Volksvertretung notwendig. Wenn die Zustimmung vorliegt, dann wird der Vertrag paraphiert werden, und zwar auf jeder Seite durch einen Diplomaten und durch einen Offizier. Die endgültige Unterzeichnung wird erst erfolgen, wenn der amerikanische Kongress die Einsetzung der USA-Techniker genehmigt hat. Hier handelt es sich um eine der wichtigsten Bedingungen des Vertrages. Würde der Kongress nicht die Entsendung der Techniker bestätigen, so würde eine sehr komplizierte Situation entstehen, aber Allon brach die Hoffnung zum Ausdruck, dass es der amerikanischen Regierung gelingen möge, die Zustimmung beider Häuser des Kongresses zu bekommen. Die Entsendung der Techniker dient ja nicht einem Krieg, sondern der Förderung des Friedens, und ihr Einsatz erfolgt mit Zustimmung beider Seiten. Hinsichtlich der Quellen von Abu Rodas erklärte Minister Allon, die USA hätten sich verpflichtet, Israel geregelte Versorgung mit Brennstoff möglich zu machen. Sie würden die Differenzen tragen, die zwischen dem Preis von Abu Rodas und dem für Öl auf dem Weltmarkt besteht. Ferner ist die Anlage von Reservoiren vorgesehen, die immer wieder aufgefüllt werden sollen, damit die Versorgung für wenigstens ein Jahr stets gesichert ist.

Allon: Israel behält noch 87,5% der Sinai-Halbinsel

Wer von dem Interimsabkommen eine „Katastrophe“ und Gefährdung der Sicherheit erwartet, der kennt einfach die geographischen Gegebenheiten nicht. Dies erklärte Außenminister Allon am Wochenende in einem Fernsehinterview. Der Minister machte auf folgende Tatsachen aufmerksam: Heute verfügt Israel über 96% der Fläche der Sinai-Halbinsel, während die Ägypter 2,5% und die UN etwa 1,5% beherrschen. Nach dem Interimsabkommen bleiben Israel immer noch 87,5 Prozent, während der Anteil der Ägypter auf 5,5% und der der UN 7% steigen wird. Der allergrößte Teil der Halbinsel wird weiter dem israelischen Militär unterstehen und das wird für Ägypten genügend Anreiz sein, in künftigen Verhandlungen eine friedliche territoriale Gesamtregelung näher zu kommen. Allon bekräftigte den Standpunkt der Regierung, dass Israel bereit sei, mit jedem arabischen Staat in Verhandlungen über eine friedliche Regelung zu treten. Dies bezieht sich auch auf Syrien und Jordanien. Zugleich wurde jedoch festgestellt, dass der Vertrag mit Ägypten von solchen Verhandlungen unabhängig ist und dass in ihm keine Termine für weitere Verhandlungen mit anderen arabischen Staaten genannt werden. Allon sagte, der von ihm vertretene Plan für die Regelung der Probleme des Westufers sei nach wie vor die beste Lösung, aber er könne nicht sagen, ob Verhandlungen mit Jordanien auf dieser Basis vor sich gehen werden. Am Wochenende werden wir wissen, ob der vorbereitete Interimsvertrag mit Ägypten unterzeichnet werden kann. Wenn die notwendigen Informationen vorliegen, wird die Regierung den Vertrag genehmigen. Dann wird er der Knesset zur Bestätigung vorgelegt werden. An sich ist auch dem Gesetz die Regierung nicht dazu verpflichtet, das Votum der Knesset abzuwarten. Aber aus politischen und moralischen Gründen ist eine eindeutige Entscheidung der Volksvertretung notwendig. Wenn die Zustimmung vorliegt, dann wird der Vertrag paraphiert werden, und zwar auf jeder Seite durch einen Diplomaten und durch einen Offizier. Die endgültige Unterzeichnung wird erst erfolgen, wenn der amerikanische Kongress die Einsetzung der USA-Techniker genehmigt hat. Hier handelt es sich um eine der wichtigsten Bedingungen des Vertrages. Würde der Kongress nicht die Entsendung der Techniker bestätigen, so würde eine sehr komplizierte Situation entstehen, aber Allon brach die Hoffnung zum Ausdruck, dass es der amerikanischen Regierung gelingen möge, die Zustimmung beider Häuser des Kongresses zu bekommen. Die Entsendung der Techniker dient ja nicht einem Krieg, sondern der Förderung des Friedens, und ihr Einsatz erfolgt mit Zustimmung beider Seiten. Hinsichtlich der Quellen von Abu Rodas erklärte Minister Allon, die USA hätten sich verpflichtet, Israel geregelte Versorgung mit Brennstoff möglich zu machen. Sie würden die Differenzen tragen, die zwischen dem Preis von Abu Rodas und dem für Öl auf dem Weltmarkt besteht. Ferner ist die Anlage von Reservoiren vorgesehen, die immer wieder aufgefüllt werden sollen, damit die Versorgung für wenigstens ein Jahr stets gesichert ist.

NEUE REGIERUNG IN PORTUGAL

Der portugiesische Präsident hat anstelle des pro-kommunistischen Vasco dos Santos Goncalves den 53-jährigen Flottenkommandanten Admiral Jose Figueira de Azevedo zum Ministerpräsidenten ernannt. In Portugal wurde erneut der nächste Bereitschaftszustand in der Armee ausgerufen, weil mit Befehlsverweigerungen im Norden des Landes zu rechnen ist. Eamon de Valera, seit dem Jahre 1917 der führende Politiker Irlands und langjähriger Premierminister und Staatspräsident, ist im Alter von 92 Jahren verstorben. In Norwegen soll ein umfangreiches Spionageetz Rumänien tätig sein. Die Namen von vier Mitgliedern sollen von einem rumänischen Botschaftsangehörigen übermittelt worden sein. Auf der Insel Korsika wurde für morgen ein Generalstreik gegen autoritäre Massnahmen der französischen Regierung ausgerufen. Der libanesischer Innenminister suchte die Bewohner des Dorfes Sabla zu beruhigen. Bei einem Schusswechsel zwischen Terroristen und Christen wurden dort während der vergangenen Tage zehn Personen getötet. Cypri ist ein neuer Stern, den die Astronomen von Cambridge am Firmament entdeckten.

AN UNSERE LESER

Infolge der erforderlichen Anwesenheit des Vertreters der Rechnungsprüfer bei der Durchführung der Gewinn-auslosung für das FIRMENZEICHEN-PREISAUSSCHREIBEN, mussten wir den zuvor festgelegten Termin verschieben. Die Auslosung findet nunmehr am Mittwoch, den 17.9.1975, um 4 Uhr nachm., in den Büros der Zeitung in der Rakewet-Str. 32 statt. DIE LEITUNG

TRANSELECTRO COMPANY LTD.

Tel Aviv, Harakewet Str. 72. Tel.: 39640 und 31844. Generalvertretung fuer Israel von SIEMENS A.G. MUENCHEN sucht erfahrenen Vertriebsingenieur fuer Bauteile, Halbleiter, Messgeraete etc. Kenntnisse von hebraisch und deutsch oder englisch. Vorstellung mit Curriculum Vitae laut obiger Anschrift.

ISRAEL NACHRICHTEN

SONNTAG, 31. AUGUST 1975 • PREIS: IL 1.40

1275 من ليل

Israels PRESSE

Demonstrationen halten Abkommen nicht auf

Mehrere Zeitungen nehmen zu der Abhaltung von Demonstrationen unmittelbar vor der geplanten Unterzeichnung des Interimabkommens mit Ägypten Stellung.

Dawar ist der Auffassung, dass die Zahl der Teilnehmer bei der Demonstration des Blocks „Emanim“ fuer die Organisation eine Enttäuschung war. Wir haben hier anscheinend einen Beweis dafür vor uns, dass das Publikum vor der Anwendung der Gewalt bei Kundgebungen zurückschreckt. Auch die Gegner des Abkommens mit Ägypten scheinen anti-demokratische und gewaltsame Aktionen zu verabsäumen. Andererseits haben viele Tausende bei der Kundgebung der Mapam in geordneter und solider Form ihren Gefühlen Ausdruck gegeben. Demonstrationen sind ein legitimes Mittel im Ringen im öffentlichen Leben, so lange sich die Teilnehmer an das Gesetz halten.

Hareez sieht die Entwicklung auf Grund der Demonstrationen anders. Der Umfang der Demonstrationen des Blocks „Emanim“ und der Chertu war zweifellos eindrucksvoll. Auch wenn es bedauerliche Zwischenfälle und Ausschreitungen gab, so koennen die Organisatoren dieser Kundgebungen wichtige Erfolge fuer sich verbuchen. Ansbekundend wollten die Kreise von „Emanim“ und Chertu der Regierung Israels zeigen, was sie zu erwarten hat, wenn sie sich nach den Gesprächen mit Dr. Kissinger auf Verhandlungen ueber Plaeze einlassen sollte, die uns naecher liegen. Da die Regierung Israels in naechster Zukunft sich hoechstwahrscheinlich mit einem Abkommen mit Syrien und vielleicht auch mit Jordanien zu beschaeftigen hat, muss sie mit allem Ernst die Demonstrationen der letzten Woche pruefen. Wenn die Regierung ernsthaft den Weg weiter beschreiten will, den Dr. Kissinger als Fortschritt zum Frieden anhebt, dann muss sie weit mehr Knaefte fuer die Erziehung der Bevoelkerung und fuer die Organisation der politischen Gruppen einsetzen, die die Haltung der staatlichen Fuehrung unterstützen. In einer solchen Situation wird auch die Polizei nichts nützen. Mit den hier aufgezeigten Problemen kann man sich

NEUE TELEFONNUMMERN IN JERUSALEM

In Jerusalem aenderten sich Tausende von Telefonnummern. Dies sind aber bereits im Telefonbuch fuer 1975 verzeichnet.

Nach langem schweren Leiden entschlief am 16. August 1975 meine innigste Frau, Schwester, Schwägerin und Cousine

MARGARETE JACOB

geb. BODLAENDER
21.7.1903 — 16.8.1975

kurz nach Vollendung des vierzigsten Hochzeitstages.

HEINZ JACOB
CHARLOTTE OESMANN, geb. Bodlaender
KARL OESMANN
HORST BODLAENDER

1 Berlin 45
Unter den Eichen 97.

Anlässlich des ersten Jahrestages nach dem Ableben unserer teuren

KURT LÖWY 71

findet am Dienstag, 2. September 1975 um 16.00 Uhr eine A S K A A auf dem Friedhof in Gilon statt. — Treffpunkt am neuen Eingangstor.

GILA RINGEL und Familie

Israelis retteten zum Teil die Sommersaison in den Hotels des Landes

Das Touristik-Ministerium bat kürzlich Ziffern veröffentlicht, die auf ein erneutes Ansteigen der Besuche ausländischer Touristen hinweisen. Für die kommenden Monate füttert uns das Ministerium mit Versicherungen, dass grosse Bestellungen von Touristengruppen vorliegen. Es bleibt jedoch abzuwarten, in welchem Umfang sich diese Hoffnungen erfüllen werden. Oft genug kam es vor, dass Gruppen von 300 bis 400 Besuchern angekündigt wurden, die jedoch bei der Ankunft in Lod auf 30 bis 40 Teilnehmer zusammengebrochen waren.

Unter diesen Umständen waren die Inhaber vieler Hotels sehr damit zufrieden, dass die Israelis ihre Reise Lust 1975 nicht nur auf das Ausland, sondern in erhebender Masse auch auf Israel selbst konzentrierten. Das alte Spottwort vom „Snob, der in Israel bleibt“, wurde auch angesichts einer erbotenen Auslandsreisebewegung zur Wahrheit. Besonders gut schienen Eilat und andere Orte im Süden ab. Tibrias hatte einen überraschenden Zustrom inländischer Besucher. Naeb Norden hin, flachte die Besucherbewegung ab, offensichtlich spielten Sicherheitsbewegungen hier ihre Rolle.

Viele Hoteller nahmen mit süsser Miene israelische Pfunde statt Dollars an und mussten sich darauf einrichten, dass statt der flüchtig durchreisenden Touristen kompakte israelische Familien mit grossen Mengen von Kindern in ihren Hotels erschienen. Sonderangebote und Verbilligungen hatten dazu beigetragen.

Histadrut-Krankenkasse entscheidet ueber Erhoehung der Mitgliedsbeitraege

Am 10. September will der Exekutiv-Ausschuss der Histadrut über die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge zur allgemeinen Krankenkasse beschliessen. Der Zentralausschuss hat inzwischen bereits beschlossen, dass eine solche Beitragserhöhung und nicht die Einhebung einer Gebühr für Medikamente empfohlen werden soll. Eine Kostenbeteiligung an den Medikamenten müssten nämlich in erster Linie die Kranken, die ohnehin über ein nur geringes Einkommen verfügen, aufbringen, während eine progressiv gestaffelte Beitragserhöhung in der Hauptsache von den besser verdienenden Krankenkassenmitgliedern getragen werden kann.

In der Diskussion über diese Frage kam stets zum Ausdruck, dass die Histadrut-Krankenkasse, die für die ärztliche Betreuung von 70% der Landesbevölkerung sorgt, über ausreichende Budgetmittel verfügen muss, um dieser grossen Verantwortung gerecht zu werden. Mit den derzeit eingehenden Beiträgen kann die Kupa Cholim diese Aufgabe nicht mehr erfüllen, sondern muss ihre Dienstleistungen und ihre Entwicklungsprogramme zum Nachteil der Kranken einschränken.

Über die Form dieser Beitragserhöhung liegen bereits einige Vorschläge vor, die alle darauf binweisen, dass 2.000 IL Monatsgehalt praktisch schon als

gen, die Zahl der israelischen Besucher zu steigern. Manche Hoteller machten aus der Not plötzlich eine Tugend und versicherten: „Wir haben schon immer gesagt, dass man eine gewisse Anzahl von Plätzen für Israelis reservieren muss. Auch dieser Kundenstamm muss gepflegt werden.“

Wurde er wirklich gepflegt? Diese Frage lässt sich nicht leicht beantworten. Uns liegen Berichte über anerkennende und höfliche Behandlung in verschiedenen Hotels vor, andererseits haben Hoteldirektoren in geschickter fast unmerklicher Weise ihre Leistungen etwas verringert, um so Kosten einzusparen. Der Gast, der genauer hinsah, merkte doch, dass die Auswahl beim Frühstück und zum Mittag geringer war als früher und dass auch sonstige „Rationalisierungsmaßnahmen“ ergriffen worden waren. Am wenigsten sind die Regierung und das Touristik-Ministerium von der Verschiebung zur „Binnetouristik“ hin begeistert, weil ja weniger Devisen eingehen, aber es gibt keinen Ausweg. Wenn unsere Regierung, wie sie immer wieder stürmisch betont, an der Verschiebung von Devisen für Auslandsreisen nicht interessiert ist, so muss sie den erhöhten Erholungsdrang der Israelis im Lande selbst respektieren und auch ihnen geeignete Plätze zu kommen lassen.

Schlimm waren die Tel Aviv Hotels dran, denn wer fährt

Von unserem Touristik-Korrespondenten

schon in ein Tel Aviv Luxus-hotel auf Erholung? In einer Stadtsitzung wurde schon allen Ernstes vorgeschlagen, einige der neuen Hotels in Altersheimen oder soziale Institutionen umzuwandeln, aber die Inhaber der Hotels hoffen noch auf die kommende Touristensaison und versprechen sich von dieser eine Heilung der Wunden der letzten Monate.

Geht man nach offiziellen Veröffentlichungen, so müssen eigentlich die Aussichten für die Bewegung ausländischer Touristen wieder ganz gut sein. Das Touristikministerium kündigt allein für die noch verbleibenden Monate des Jahres 1975 Abhaltung von über 35 internationalen Kongressen an, die alle mit Hotelübernachtungen verbunden sind. Die Kongresse und ihre Themen sind mehr als bunt: neben der Tagung der Juden aus Nordafrika finden wir eine Tagung der Anhänger der Sekte „Zum Heiligen Geist“. Ein anderer Kongress, anscheinend aus religiöser Natur, ist dem „Land der Verheissung“ gewidmet. Eheblich konkreter geht dagegen die Histadrut vor, die ihre Sympathiker und Freunde in der Welt für das Jahresende zu einer Tagung eingeladen hat, bei der sicher materielle Gesichtspunkte (Sammelaktionen) eine wesentliche Rolle spielen werden.

Charter ja — Charter nein

Der Kampf um die Frage der Charterflüge geht inzwischen in lebhafter Weise weiter. Die Fluggesellschaft El Al, die nach wie vor die Zulassung von Charterflügen in grossem Umfang heftig ablehnt, hat den Hotelbesitzern vorgeschlagen, sie sollten zusammen mit El Al eine Aktion ausarbeiten, „Touristenpakete“ ausarbeiten.

Anscheinend will die Gesellschaft „El Al“ verlangen, dass jeder Faktor in der Touristik Opfer zu bringen hat und dass

das Ergebnis dieser Bemühungen Gruppenflüge sein können, die noch billiger sein würden als bisher. Ans zuerst nicht ganz klaren Gründen haben die Hotel-eigentümer die Mitarbeit an den Vorbereitungen für das „Touristikpaket“ abgelehnt. Nach einer Version steht hinter dieser Weigerung Touristikminister Mosche Kol, der zuerst eine klare Entscheidung über seine Forderung nach Zulassung von Charterflügen erzwingen will. Er soll den Hotelleigentümern angekündigt haben, er werde ihre Forderungen nicht weiter behandeln, wenn sie einfach den Kampf um Charterflüge fallen lassen und sich auf die Aktion „Touristikpaket“ einlassen werden.

Die Regierung bat in dem Kampf zwischen dem Verkehrsministerium (bzw. El Al) und dem Touristikministerium den einfachsten Ausweg gegeben: sie hat wieder eine Kommission eingesetzt. Ein Ausschuss unter dem Vorsitz des früheren Bankkontrollors Dr. Meir Chet soll die gegensätzlichen Argumente des Verkehrsministeriums und des Touristikministeriums prüfen und der Regierung Material für eine Entscheidung vorlegen.

In den letzten Tagen haben die Anhänger der Charterflüge unerwartete Hilfe erhalten. Die Zivillingsbehörde in den Vereinigten Staaten hat gegen den Widerstand der regulären Linien das Chartersystem in den USA ganz erheblich erweitert und will durch eine Politik der Liberalisierung und Verbilligung den Amerikanern mehr Reisemöglichkeiten bieten. Dabei sollen auch die amerikanischen Hotels nicht zu kurz kommen, denn im Rahmen der neuen Charterpläne ist vorgesehen, dass jeder Flugeinsteiger drei Nächte in den USA selbst (zu einem Preis von 15 Dollar pro Nacht) verbringen soll, dazu kommen

noch sechs Nächte „musserl“ der USA.

Heute hat ein Amerikaner den billigsten Hin- und R-flug nach den westindischen Inseln 424 Dollar zu zahlen. Dem neuen Charterplan will für 186 Dollar fliegen können und noch drei Nächte in ein Hotel verbringen können. den jetzigen Kosten beläuft der Tarif für den billigsten Washington-Paris auf 359 Dollar. In Zukunft wird der Amerikaner für 361 Dollar für Woche nach Paris fliegen können, einschliesslich Round-billet und Hotel. Noch eine Reihe von anderen Erleichterungen sind vorgesehen, anderen müssen die Teile von Charterflügen nicht einer bestimmten genau begrenzten Gruppe angehören, sondern in aller Öffentlichkeit paganda betrieben werden! Damit wird einer der Einwände von El Al hinsichtlich der Gesellschaft beseitigt, dass wegen der Bemühungen über Organisationsbörigkeit offene Propaganda Flüge nach Israel nicht in sein werde. Würden die G-sätze, die die amerikanische Luftfahrtbehörde ab 13. September für zunächst fünf einführt, für Israel gelten, wäre das Resultat folgend: Amerikaner könnten für Woche ins Land kommen, schliesslich Hotelaufenthalte hätten dafür den Preis zu senken, den sie heute für ein kleines Flugbillet erlagen.

Es besteht kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen amerikanischem Charterprogramm und dem vom Verkehrsministerium und von El Al betriebenen Flugpolitik, aber psychologische Einfluss nicht hinwegzudenken, und wird sicher auf die C-debatten in den kommenden Wochen nachhaltigen Einfluss üben.

חלונות דן

KÄSE- und WEINABEND
im SABRA COFFEE SHOP

Jeden Montag bereitet der Küchenchef für Feinschmecker Käse-Delikatessen vor. Die reichhaltige Auswahl in einer Vielfalt von Geschmacksrichtungen sind ein Hochgenuss.

- * Käsecocktail
- * Schweizer Gebäck
- * Käsedelikatessen
- * Wein

Preis pro Person: IL 35 + 25% Steuer und Service.

DAN HOTEL, Tel Aviv
DAN CARMEL, Haifa

Erholung und Gesundheit

Eine ausgezeichnete Kombination von vernünftigem Urlaub und Gesundheit im Hotel GANE SCHULAMIT, Totes Meer.

Das neueste 4-Sterne-Hotel in Sdom, lädt Sie zu einem herrlichen Urlaub ein und ermöglicht Ihnen, diesen für Ihre Gesundheit an den Heilquellen in der Nähe zu verbringen.

SONDERPREISE ANLAESSLICH DER ERÖFFNUNG. Platzbestellungen für alle Hotels und Erholungsheime im Land.

KAL Co. Ltd.

Tel Aviv: Gordonstr. 28 Tel. 22942, Ramat Gan: Blätkstr. 56, Beer Scheva: Dvora Hebron 7. — Der Telefondienst steht Ihnen 24 Stunden im Tag zur Verfügung. Tel. 22942 (ausser Schabbat).

kleine ANZEIGEN

- Kaufe gebrauchte Möbel, Frigidaire, Antiquitäten, Erbschaften. Tel. 824965, abds: 877297.
- Philipp der Fachmann kauft Möbel, Frigidaire, Televisionsapparate. — Telefon 832318 abds: 873223.
- „Karol“ kauft Möbel, Televisionsapparate, Teppiche, elektr. Geräte, Herren-, Damen- und Kinderbekleidung. „Karol“ kauft alles, was Sie verkaufen wollen. Telefon 921480 auch Schabbat.
- Gesucht Pflegerin für Kleinkind und leichte Hausarbeit evtl. mit Wohnen. Tel. 03-930645.

ICH SUCHE ZEUGEN,

die in der Zeit von August 1944 — Juni 1945 in

ZOLUDEK, Kreis Baranowier

waren.

Zuschriften: Beirach Moshe und Pesia, Postfach 189, Givataim, Hamfinesstr. 18, Tel. 723947.

Ab Sonntag, 31. August werden die Sendungen in Französisch und Englisch im 4. Programm „Reshet Dalet“ wie folgt geändert:

- 14.00—14.30 Englische Nachrichten und Programm
- 14.30—15.00 Französische Nachrichten und Programm
- 20.00—20.15 Englische Nachrichten u. Nachrichtenmag.
- 20.15—21.30 Französische Nachrichten

Die Frühnachrichten (7.00—7.15 in Englisch und 7.15 7.30 in Französisch) bleiben unverändert. Die 5 Minuten Nachbrennsendungen um 18.00 (Englisch) und 18 (Französisch) werden während des Ramadan-Festmonats — etwa ab 5. September, eine Stunde früher (17.00 u. 17.05) gesendet.

Politik mit Worte

Der Misserfolg der »Bankrevolution«

Von E. JACOB

Der Streik der Angestellten der Discount Bank begann, als der Vorsitzende des Rates der Bank, Jossé Chudis, nahtlos vor Presen: »Wir werden Gerichtsungen nicht beachten und falls ins Gefängnis gehen, dann auch Rechtswahl ist, am Rande erwähnt. Die Bank der Rechtsbegriffe ebenfalls damit nur unter. Aus gleichem Holze ist ositzende der Landesbank der Angestellten der Leumi. Den Aharonowski, der dem Generaldirektor der Bank des Telefon und condition sparen liess, chen hat Jossé Ben Jehuda Ton sehr geändert. Aus tevolutionär wurde inner- Woche ein unterwü- Kapitulant, und wohl sel- ein Streik mit einem sol- fischer Erfolg geendet wie der Discount Bank.

DER CHARAKTER DER BANK LEUMI

Der Streik in der Discount Bank zeigt in der Bank Leumi ein grundrissliches Unter- genommen werden. Die Dis- Bank ist ein reines Privat- und, und die Öffent- war insofern betroffen, sensinteressen vieler Bür- der Schlüsselung der beintraglich wurden. gen ist jedoch die Ge- Sache in der Discount- Bank ein privatrecht- sches Auseinander- kommt auch in der ver- den Gehaltsabelle der zum Ausdruck. Die Sum- Gehälter der Discount- die größte, an zweiter- igt die Bank Leumi und mit in weitem Abstand- k Hapoolim, obwohl letz- in der jüngsten Ver- der Rechte-Konzern- ch Freiheit hat.

Bank Hapoolim, die un- Leitung von Jakob Levin- und mehr zu eigen- chungen. Handelsbank- die gewisse Grundzüge einwirtschaftsbank bei- Sie steht bei den Ge- nicht an der Spitze, und nach versucht, immer ih- der Banken zu halten. Bank Leumi kennt solche zten nicht, und in ihren um und ihrer Arbeits- kommt der Charakter et- elwirtschaftlichen Lust- zum Ausdruck. darf nicht vergessen wer- Bank Leumi (ehemals Palestine Cor. yany) ist die gesellschaft der Jüdichen Bank Jewish Colonial ist also eine Gründung zionistischen Weltorgani- sation nach militä- Bank auch eine gemein- effliche Volksbank sein. stehen 93% der Stimm- der Generalversamm- Israel Land Develop- (früher unter dem

achschite Tel Aviv — M. WEISS
TEL AVIV, PINSKER STR. 67
Das verantwortungsvolle Geschäft
WUNSCH DEN WERTEN KUNDEN,
VERWANDTEN UND FREUNDEN
בנין חן

Namen (Hachsharat Hajischow- bekannt), und die Bank leitet ihre ganze Existenz aus der zionistischen Bewegung und der Weltorganisation der Zionisten ab. Die geschäftlichen Erfahrungen mit Ge- schäften, die laut Partei-Gesichts- punkten geführt werden, haben es dazu gebracht, dass die Bank Leumi zu einer völlig unabhängigen Geschäftsbank wurde, und diese Taktik war auch erfolg- reich. Wir sind jedoch jetzt an einem Punkte angekommen, an dem wieder auf die Verbindung mit der zionistischen Organis- tion und auf die sich daraus er- gebende Verpflichtung hingewie- sen werden muss.

DIE BANK UND DER EINZELNE

Allen Juden und Zionisten wird die Bank Leumi als leuchtendes Beispiel nationaler Leistung ge- zeigt, aber welchen unmittelba- ren Nutzen hat der einzelne Ju- de oder Zionist von den Erfol- gen der Bank Leumi? Den Nut- zen ziehen, wie sich sehr schnell zeigt, Dan Aharonowski und seine Kollegen, die es in zäher Ar- beit verstanden haben, der Di- rektion der Bank alle möglichen Vorteile und glänzenden Arbeits- bedingungen abzuziehen. Aharonowski musste in einem Interview auf drängende Fragen folgendes zugehen: Er selbst be- kommt 2000 IL monatlich Netto- Gehalt, dazu kommt ein 13. Mo- natsgehalt und weiter Zuver- dungen zu Rosch Haschana und Pessach, ferner erhalten die An- gestellten der Bank Anleihen zu »günstigen Bedingungen«, über die sich Aharonowski im einzel- nen nicht äußern wollte. Be- kannt ist, dass die Angestellten der Bank an fast allen Aktien- emissionen »partizipierten« (zu- »günstigen Bedingungen«) nad dass auch viele »kleinere« An- gestellte der Bank zu vermögenden Leuten wurden.

Dan Aharonowski und seine Leute haben gegen die Direktion der Bank nicht um Gehalts- erhöhung gekämpft, um das nackte Leben zu sichern. Vielmehr ver- langten sie Erhöhung der Beiträ- ge für die Zahlungen für Kin- dergärten der Angestellten, für Schulgeld und ähnliche Leistun- gen. Eine Streikbewegung hatte es einmal gegeben, weil die An- gestellten bei Renovierung einer Filiale Entschädigung für den

Staub der Maler und ähnliche Unbequemlichkeiten verlangten.

In dem Interview mit Aharonowski, das wir erwähnten, hat der wertvolle Vorsitzende des Be- tribsrates das als »eingeführt und selbstverständlich« bezeich- net.

Aber dies zeigt nur, wohin wir geraten sind und in welchem Narrenparadies wir leben. Haben Theodor Herzl und seine Mit- arbeiter die Jüdische Colonial- bank gegründet, haben sie Juden aus aller Welt zu Spenden und Aktienzeichnungen veranlasst, damit die Bank zu einem Wohl- fahrtsinstitut für überlebende Angestellte wird?

Gehörte die Zahlung von Kin- dergärten und Schulbeiträgen für die Angestellten der »Natio- nalsbank« je zum Programm der zionistischen Weltorganisation?

Fast hat man den Eindruck, dass die Bank aus einem Institut für die Wohlfahrt der Nation zu einer Stelle der Wohlfahrt für eine begrenzte Zahl von Ange- stellten wurde.

Unser Staat sieht den Strom in die Dienstleistungszweige um- gern und möchte die produkti- ven Sektoren fördern, aber bei dieser Gehaltsgestaltung müssen die Banken eine geradezu magi- sche Anziehungskraft auf junge Leute ausüben. Dabei werden nicht nur Fachleute in diesen Be- reich bezogen, auch parasitäre Elemente finden dort Unter- kunft. Wenn wegen des herr- schenden Systems Leute ein Dut- zend Jahre im Betriebsrat sitzen, keine Arbeit in der Bank leisten und dafür von der Bank bezahlt werden, so haben wir eklatante Fälle von getarnter Arbeitslosig- keit und parasitärer Existenz auf Kosten der Bevölkerung vor uns.

WO BLEIBEN DIE KRITIKER?

Es ist an sich nicht unsere Ab- sicht, einzelne Personen in den Kreis der Kritik einzubeziehen. Aber wir können nicht darüber hinweggehen, dass der Chawer von Tel Josef, Seew On, und neuerdings der Kassierer des Kibbuz Gewa, Micha Efrati (der Sohn des einstigen Landwirtschaftsministers), in dem Direk- torium der Bank Leumi sitzen. Diese Vertreter des Arbeitsektors sollten doch eigentlich dort das Gewissen der Nation sein und ihre Stimme gegen den herr- schenden Gehaltsstufung und ge-

gen die eigennützige Verwen- dung von Geldern der Gemein- schaft erheben.

Warum hat insbesondere der neu eingetretene Micha Efrati nicht gegen diese eigennützige Art von »Sozialpolitik« zugun- sten der Angestellten der Bank Leumi protestiert?

Die Führer der Betriebsräte haben sich hinter darüber be- schwert, dass durch die Steuer- reform gewisse Beträge den Ban- ken selbst — und nicht ihnen — zufließen. Der Bankenkontrol- leur Oded Messer soll nun diese Behauptung überprüfen, und eventuell auftretende »Reform- gewinne« der Banken sollen nicht in die Bilanzen gehen, sondern der »Öffentlichkeit« zugute kommen. Gedacht wird an soziale Fonds für die Bankange- stellten oder an Beiträge »zur Senkung der Zinsen«, während der Präsident der Bank Israel, Sanbar, aus antinflationsistischen Gründen gerade für eine Stei- gerung der Zinsen und weiteres Anziehen der Kreditschraube ein- tritt.

Diese Debatte zeigt wiederum, wie wenig »erstündlich« für die wirkliche Situation bei uns be- steht. Wir müssen zu der Bank Leumi, als nationalem Finanz- institut zurückkehren. Warum wird nicht vorgeschlagen, even- tuell entstehende Gewinne aus der Steuerreform als Hilfe für Neueinwanderer zu benutzen? Warum muss überhaupt nicht die Bank an die zionistische Welt- organisation für eine Kon- zessionsgebühr auf Grund ihrer Gewinne zahlen, wie dies z.B. im Verhältnis zwischen der Pot- tsherzgesellschaft und dem Staat üblich ist? Die Bank Leumi ver- dankt ihre Existenz und ihren Ruf der zionistischen Weltorgani- sation. Wäre es nicht berech- tigt, daraufhin die ZIO »Ro- yalties« zu leisten, statt die Ge- duld für die Kindergartengebühr der Angestellten oder auch nur für die Aktionäre zu verwenden?

Eine Änderung in der Politik der Geldverwendung bei dem größten nationalen Finanzinsti- tut scheint dringend geboten zu sein, und anstelle des »Systems« Dan Aharonowski sollte wieder die Tradition von einst, gekenn- zeichnet durch die Namen Theo- dor Herzl und Siegfried Hoffer- lich durchsetzen, damit jeder in diesem Lande sagen kann: »Das ist meine Bank und auch ich habe einen Anteil an ihr.«

Wie es die Anderen sehen : Politik mit Worten und Waffen

Es ist keine ihm freundlich ge- sponnene Welt, die der amerikani- sche Außenminister Kissinger in Israel bei seiner zehnten Nahost- Verhandlungsrunde trifft. Die Opposition eines belangst- enden grossen Teils der Öffent- lichkeit Israels gegen ein neues Teilabkommen mit Ägypten macht sich seit Tagen in blasser- füllten Angriffen Luft — gegen den Vertreter der einzigen Macht, die dem jüdischen Staat wirklich noch zur Seite steht. Kissinger sei kein Jude mehr, nicht einmal mehr Amerikaner, deklarierten Demonstranten auf Plakaten, nur noch übertröffen von der infamen Feststellung »Hitler hat dich leben lassen, damit du dein Werk vollendest«.

Psychologische Faktoren sind auch politische, und so zwingt dieser Ausruf von Irrationalis- mus und Angst denn doch zu fragen, ob es unter solchen Um- ständen Israels Regierungschef Rabin möglich sein werde, die letzten und entscheidenden

JOSEF RIEDMILLER in der »Süddeutschen Zeitung«

Schritte zu dem im wesentlichen bereits ausgehandelten und for- mulierten Interimsabkommen mit Ägypten zu tun, ja, ob das Ka- binett Rabin überhaupt instande sein wird, die zur Verhinderung eines neuen Krieges im Nahen Osten so wichtige Vereinbarung durchs Parlament zu bringen und damit wirksam werden zu lassen. Solche Zweifel beschleichen nicht nur Kissinger, auch die Ägypter beginnen sich zu fra- gen, ob eine Vereinbarung mit einer am Rande des Vertrauens der Öffentlichkeit balancierenden Regierung sinnvoll sei.

Etwas Positives scheint das is- raelische Aufbäumen gegen einen neuen Rückzug auf dem Sinai aber doch mit sich zu brin- gen: Es suggeriert den Ägyptern, sie allein stünden auf der Gewin- nersseite, und macht sie daher weniger anfällig für jene Stim- men aus dem arabischen Um- kreis, ihr Präsident Sadat habe Verrat an der gemeinsamen Sache begangen. Soweit die drei Abkommen — ein direktes irae- lisch-ägyptisches, ein indirektes beider Länder mit Absichtserklä- rungen gegenüber Washington sowie ein amerikanisch-israeli-

sches — bisher bekannt gewor- den sind, kann von einem ein- seitigen ägyptischen Verhand- lungserfolg indessen keine Rede sein. Kairo gewinnt zwar die Kontrolle über die strategisch wichtigen Sinaipläne Gidi und Midfa sowie über die Ölfelder von Abu Rodeis, es bringt den Suezkanal ausserhalb des direkten israelischen Beobachtungs- und Einwirkungsbereichs, aber es bat dafür mit erheblichen poli- tischen Konzessionen an Israel zu zahlen. Dessen ursprüngliche Forderung nach Erklärung des »Nichtkriegsstatus« (nonbelligerency) hat Kairo nicht erfüllt, mit der Erklärung des gegenseitigen Gewaltverzichts und mit der Zusage, den Konflikt mit friedlichen Mitteln zu lösen, ist es de facto jedoch jenem Zu- stand nähergerückt. Kaum wen- ger bedeutsam, zumindest für die »arabische Solidarität«, sind an- dere politische Zugeständnisse Kairo an Jerusalem, so die freie Passage für Güter von und nach Israel durch den Suezkanal, die Zusage, das Interimsabkommen bis zur Erzielung einer sei über- holdenden Vereinbarung einzuhalt- en, die Drosselung der antisraeli- schen Propaganda und des Wirtschaftshoykotts, der Ver- zicht auf Versuche, Israel in NO-

(Fortsetzung auf S. 4)

Die Geheimdiplomatie war zum Scheitern verurteilt

Von J.E. PALMON

Sein Buch »Grossmachdiplomatie«, in dem der amerikani- sche Außenminister Kissinger seiner Bewunderung für die Poli- tik Metetrichs und britischer Staatsmänner im Nahen Osten Ausdruck gibt, schliesst der Ver- fasser mit der Feststellung: »Ic- der Generation ist nur ein Ver- such der Abstraktion erlaubt, sie hat nur eine Deutung und nur ein Experiment: frei, denn sie ist selbst Subjekt. Hierin liegt die grosse Aufgabe der Geschichte, wie auch ihre Tragödie. In ihrer Gestalt tritt das Schicksal auf Erden auf. Die Lösung, ja oft schon das Erkennen, ist die vielleicht schwierigste Aufgabe staatsmännischer Führungskunst«.

Diese Worte richten sich in vollem Umfange an den Ver- fasser selbst, der jetzt seine staatsmännische Führungskraft im Nahen Osten zu erproben batte. An einer anderen Stelle seines Buches sagt Kissinger, dass Politiker und Nationen ver- gesslich sind und nicht Lehren aus der Geschichte ziehen. Auch dieser Satz ist auf den ameri- kanischen Außenminister anzu- wenden, der bei Beginn seiner Aktionen mit den Methoden des Vorbildes Metetrich arbeiten wollte. Kissinger hat nur verges- sen, dass die Politik Metetrichs und der Geheimdiplomatie zu Zeit des Wiener Kongresses möglich war, weil es damals nicht die schnellen Ver- bindungen und die Kommunikati- onsmittel von heute gab. Heute kann eine Bevölkerung nicht irreführt werden, und der amerikanische Außenminister selbst sieht veranlasst, in Gestalt eines »führenden Beamten« den Ereignissen oft vorzugreifen und der Geschichte vorzuziehen.

Die Verhandlungen mit Israel und Ägypten wären besser ge- laufen, hätte man von vornher- ein auf Geheimdiplomatie ver- zichtet. Allen Nationen steht das warnende Bild Vietnams vor Augen. Die Amerikaner und ins- besondere Kissinger hatten ne- ben den offiziellen Debatanten in Paris streng geheim mit dem nordvietnamesischen Delegierten Le Duc To verhandelt — in der Hoffnung, auf diese Weise einen neuen Politik den Weg zu bahnen. Was war das Ergebnis? Ein Vertrag kam zustande, der von vornehmsten Todesmerkmal- en sich trug und der der Wirk- lichkeit nicht standhalten konnte. Die immer wieder aufgeworfene Frage: »Wer betrügt wen?«, ist inzwischen durch die Kommuni- sten eindeutig beantwortet wor- den.

GEHEIMNIS IM NAHEN OSTEN

Die gleiche Frage wurde be- ginn der Nahostverhandlungen gestellt: Entweder musste die Regierung Israels Konzessionen

weit über das angekündigte Mass hinaus machen, oder Sa- dat musste sich auf Abmachun- gen einlassen, die von seinen Erklärungen auf den Konferen- zen von Algier oder Rabat weit entfernt waren. Es war vielleicht möglich, für eine gewisse Pe- riode die Verhandlungen mit dem Schleier des Geheimnisses zum umgeben, aber nach einiger Zeit hätte sich herausstellen müssen, wer eigentlich wen betrogen hat.

Zu dieser Einsicht ist langsam auch der Präsident Sadat gekom- men! Sein Ansehen hat in der letzten Zeit gelitten, weil er sich immer wieder vorhaben lassen musste, dass er nicht zu direkten Gesprächen mit Israel bereit war. Die Israelis haben in der Vergangenheit häufig ver- sucht, mit ihm einen direkten Dialog aufzunehmen. Als Nas- ser gestorben war und Sadat, die Macht im Nilstaat übernahm, appellierte Golda Meir von der Tribüne der Knesset an Sadat, ein »neues Kapitel zu beginnen« und sich auf direkte Verhand- lungen einzulassen. Ein glattes Nein war die Reaktion. In der Folgezeit bekamen auch Bun- deskanzler Kreisky, der rumäni- sche Parteiführer Ceausescu und zuletzt der mexikanische Präsi- dent Echeverria solche negative Antworten, und daraufhin kühlte sich die Begeisterung für Sadat merklich ab.

Der ägyptische Präsident zog aus diesen Vorgehen offensicht- lich seine Lehren: er entschloss sich zwar nicht zu einem Dialog mit Rabin, aber er äusserte laut einer Version, dass es im Teil- abkommen mit den USA bzw. Israel keine Geheimklauseln ge- hen werde und dass alle Tat- sachen offenbart werden wür- den. Er hat wohl einsehen müs- sen, dass er seine Karten auf den Tisch legen muss und dass seine Position weit mehr gefähr- det ist, wenn der Vorwurf der Irreführung und des Betruges später gegen ihn erhoben wer- den wird.

Sadat ist anscheinend bereit, lieber jetzt den Streit mit den Kritikern auszukämpfen, als sich später als Lügner und Be- trüger bezeichnen zu lassen. Man wird mit Spannung abwarten müssen, ob tatsächlich das Ab- kommen die ganze Wahrheit ent- halten wird und ob wirklich alle Vereinbarungen zwischen Ägyp- ten und den USA bekanntge- ben werden.

SCHIFFBRUCH AUCH IN ISRAEL

Auch in Israel selbst hat die Geheimdiplomatie Schiffbruch erlitten. Die Verhandlungen wä- ren besser gelaufen, ein grosser Teil der Demonstrationen hätte vermieden werden können, hätte der Besten.

Die Regierung eine bessere In- formationspolitik betrieben. Die Gesichter der Minister, die wort- los oder unter Gebrauch leerer Floskeln Regierungssitzungen verliessen, wirkten bei vielen anfeindend. Nicht weniger auf- reizend waren die inhaltslosen Kommunikationen, die der Sprecher der Regierung verlesen musste. Zur gleichen Zeit äusserten sich »Al Ahran« und der »hohe amerikanische Beamte« viel kon- kreter, und in Israel wuchs der Verdacht, dass hier »jemand jenen betrogen will«.

Die Regierung hat ihre Fehler eingesehen — aber leider zu spät. Der Durchbruch von der Geheimdiplomatie zur Offenkei- tung der Karten kam, als Mini- sterpräsident Rabin dem Vorsit- zenden des Auswärtigen Aus- schusses Nafon die Möglichkeit gab, im Fernsehen zum ersten Male wesentliche Teile des In- terimsabkommens der überraschen- den Bevölkerung bekanntzugeben. Nichts stürzte ein, und die Ver- handlungen brachen nicht zusam- men. Später erläuterte auch Aus- senminister Allon in aller Offen- heit einzelne Punkte des geplan- ten Abkommens, und die Bevöl- kerung konnte sich wenigstens ein Bild von der Situation ma- chen. Auch vor die Grundhal- tung der Regierung ablehnte, konnte der Führung nicht mehr den Vorwurf der Verschleierung und des Betruges machen, und eine gewisse Beruhigung bei vie- len Zweifeln war die Folge.

Hier sollen nicht die Be- stimmungen und Wirkungen des Abkommens beurteilt werden, sondern es geht uns nur um die Taktik der Verhandlungsführung und der Öffentlichkeitsarbeit.

»Jede Generation hat nur ein Experiment frei«, hatte Dr. Kis- singer gesagt. Nachdem die Ge- heimdiplomatie im Falle Viet- nam so kläglich gescheitert war, konnte sie eben im Nahen Osten nicht wiederholt werden. Die vergangenen aufreizenden Wochen haben dies deutlich be- wiesen. Im Orient wird man weit eher zu Vereinbarungen kommen, wenn man sich von der Geheimnistuerei befreien wird, die zu nichts führt. Bewahrung von Geheimnissen ist für Si- cherheit und Militär notwendig und wichtig, aber wenn diplo- matische Verhandlungen hepon- nen haben, dann ist wahrheits- gemäss ständige Unterbreitung der beteiligten Völker in unserer Zeit mit ihren schnellen Kom- munikationsmitteln unbedingte Voraussetzung für den Erfolg der Bemühungen.

WOHIN GEHT MAN?

WOHIN SIE auch immer gehen, verlangen Sie überall TEKA KAFFEE: Er ist der Beste.

THE ISRAEL PHILHARMONIC ORCHESTRA

MITTEILUNG AN DIE ABONNENTEN IN HAIFA

Abonnements-Erneuerung fuer die Saison 1975/76 beginnt heute, 31. August 1975.

Die Abonnements können im IPO-Büro, Beth Hakranot, Herzlstr. 16, Haifa, täglich 10—13 und 16—18 Uhr, Freitag 10—13 Uhr erneuert werden.

Die Sitze bleiben nur bis DONNERSTAG, 25. September reserviert.

Erneuerung für Tel Aviv und Jerusalem wird fortgesetzt.

PANTOURIST

Billige GRUPPEN-REISEN nach

- USA
- KANADA
- EUROPA
- SCD-AMERIKA

S'UKROT-REISEN nach RUMAENIEN und EUROPA.

Ein Besuch bei uns — Ihr Vorteil!

Tel-Aviv, Dienpuff 101 (Passage Kino »Hod«) Tel 24 33 81

1254 من 1400

Volksfront rückt in Italien weiter vor

Die politische Metamorphose Italiens als Folge der Regionalwahlen des 15. Juni ist in ihrer ersten Phase abgeschlossen. „Ferratissimo“, der traditionelle Ferientermin der Augustmitte, hat auch der Politik eine kurze Atempause verschafft. Aber schon nehmen die Politiker von ihren Urlaubsorten aus die Ziele des Herbstes ins Visier: die Regierungsbildung in den restlichen noch führunglosen Regionen, Provinzen und Gemeinden sowie die Ablösung der römischen Zentralregierung unter Ministerpräsident Moro.

In der ersten Verhandlungsphase hat sich gezeigt, dass keine der drei grossen Parteien des Landes (Christliche Demokraten, Sozialisten, Kommunisten) mit ihren vor den Juni-Wahlen aufgezogenen Vorstellungen weiterkommen ist. Die Christlichen Demokraten plädieren für eine Erneuerung und Stärkung der Mitte-Links-Koalition mit den Sozialisten, Sozialdemokraten und Republikanern; die Sozialisten streben eine Vorzugsposition in einer Allianz mit der Democrazia Cristiana an; die Kommunisten propagieren den „historischen Kompromiss“ mit den Christlichen Demokraten und Sozialisten.

Die bisher gezeigten Regional-, Provinzial- und Gemeinderatswahlen entsprechen von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — nicht einer dieser drei Vorstellungen. Die Erneuerung einer in sich geschlossenen „Linken Mitte“ ist nur in einer der 15 Regionen mit Normalstatut (Apulien) geglückt. Eine christlich-demokratisch-sozialistische Allianz mit sozialistischer Vorzugsstellung gibt es nirgendwo. Und der „historische Kompromiss“ schliesslich konnte von den Kommunisten nur in Mailand in einer sehr verwässerten Form — mit einigen christlich-demokratischen Dissidenten — realisiert werden.

Was sich dagegen weiterhin durchgesetzt hat, ist sowohl die Volksfront aus Kommunisten und Sozialisten in fünf Regionen sowie in zahlreichen Provinzen und Gemeinden als auch die sogenannte „offene“ Koalition, in der die vier Mitte-Links-Parteien ihr Regierungsprogramm mit den Kommunisten absprechen und es von ihnen absegnen lassen. Von einer solchen „offenen“ Koalition, die die Oppositionsrolle allein den schwachen Liberalen und den Neofaschisten überlässt, wird

künftig beispielsweise die Region Lombardie regiert werden. Die Sozialisten haben jetzt das lambardische Modell auch für die römische Zentralregierung vorgeschlagen. Sie setzen sich dafür ein, dass entweder Ministerpräsident Moro nach der Sommerpause sein künftiges Regierungsprogramm ausser mit den Christlichen Demokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten und Republikanern auch mit den Kommunisten abspricht, oder aber eine neue Mitte-Links-Regierung gebildet wird, die sich von vornherein durch ein programmatisches Arrangement des Wohlwollens der KP (kommunistische Stimmhaltung bei der Vertrauensabstimmung) sichert.

Dieser sozialistische Vorstoss ist bei den anderen drei Mitte-Links-Parteien auf entschiedene Ablehnung gestossen. Am schärfsten polemisierte dagegen Industrieminister Carlo Donat-Cattin als Exponent der christlich-demokratischen Linken. Er vertrat die Ansicht: „Wenn man gemeinsam ein Programm macht, muss man auch gemeinsam regieren.“ Geschehe das nicht, werde durch ein gemeinsames Programm nur Verwirrung gestiftet. Eine Partei, so fügte er an, die christlich-demokratischen Parteikräfte Zaccagnini gerichtet, warnend hinzu, könne auch an ihrer Zweideutigkeit zugrunde gehen.

Gegen das gemeinsame Regieren mit den Kommunisten hat sich die Democrazia Cristiana zuletzt erst wieder einmündig auf ihrer Nationalratssession Ende Juli ausgesprochen. Auch die christlich-demokratische Linke lehnt eine solche Koalition ab. Donat-Cattin verlangt jetzt auch von den Sozialisten eine klare

Entscheidung gegen ein Regierungsbündnis mit der KP. Er unterstrich diese Forderung mit der indirekten Androhung einer Regierungskrise und der vorzeitigen Parlamentsauflösung.

Von kommunistischer Seite wird diese Auseinandersetzung im Lager der alten Regierungskoalition mit wachsender Besorgnis verfolgt. KP-Sekretär Berlinguer ist offenbar in keiner Weise am Ausbruch einer Regierungskrise und noch viel weniger an vorzeitigen Parlamentswahlen interessiert. Er möchte sich wahrscheinlich zunächst zwei Aufgaben widmen:

1. der Konsolidierung des bei den Juni-Wahlen neu hinzugewonnenen Terrains. Auf der einen Seite sind hier noch zahlreiche Regional-, Provinzial- und Gemeinderatswahlen neu zu bilden. Auf der anderen Seite muss der Zustrom der neuen Parteimitglieder integriert werden.

2. der internationalen Absicherung des kommunistischen Wahlerfolgs. Zu diesem Zweck wurden angeblich bereits Kontakte mit amerikanischen Kreisen aufgenommen, da man im römischen KP-Hauptquartier vor einem weiteren Vordringen in den Bereich der staatlichen Macht negative Reaktionen Washingtons und damit auch fatale Rückschläge, a la Chile ausschliessen möchte. Meldungen nach denen Berlinguer für den Herbst eine Amerika-Reise plant, wurden zwar offiziell dementiert. Die Zeitschrift „L'Espresso“ berichtet jedoch, dass Sergio Segre, der Verantwortliche für die Auslandsbeziehungen der Partei, eine solche Reise plane.

Nordirlands Kinder versuchen sich auch als Terroristen

In Belfast haben die privaten Gespräche der in dem verfassungsgebenden Konvent vertretenen Parteiführer wieder begonnen. Es sollen die noch verbleibenden äusserst gering eingeschätzten Möglichkeiten einer von den protestantischen Mehrheitsvertretern und den Katholiken gebildeten gemeinsamen Regierungsform erkundet werden. Das offizielle Zusammenkommen des Konvents wurde deswegen auf den 9. September vertagt.

Für den erneuten Ausbruch der Strassenschlächen und „Sektenmorde“ sind weniger bekannte, nur indirekt mit den beiden militanten Lagern verbundene Terroristenbanden, wie die protestantischen „Ulster Freedom Fighters“ und die katholische „Irish Republican Socialist Party“ verantwortlich. Die IRA hat aber auch selbst in Belfast wieder eingegriffen, mit der ungerechtfertigten aber propagandistisch wirksamen Begründung, die Verteidigung gegen Übergriffe der britischen Soldaten sowie, schon plausibler, gegen die protestantischen „Militanten“ aufzunehmen. Die Ermordung eines 19-jährigen Katholiken in Belfast am Dienstag wird als Racheakt für die Ermordung eines protestantischen Lastenfahrers zum Wochenende gesehen. Der Mann war bei der Ausladung von Baumaterial in der katholischen Falls Road von dem Mob in bestialischer Weise erschlagen und dann erschossen worden. Das erschreckende neue Phänomen in Ulster sind die Zehnjährigen sogenannten

„Teen-Bombers“, wie sie sich selbst nennen, die die britischen Soldaten mit Steinen bewerfen wie ihre älteren Brüder zu Beginn des Nordirlandkonflikts vor sieben Jahren.

Der Nordirlandminister Merlyn Rees hat weitere acht Interventionen aus dem Provokateur Long Kesh entlassen insgesamt 354 ohne gerichtliche Verurteilung festgesetzte Terroristen sind damit als britische Gegenleistung für die kurz vor Weihnachten von der IRA angesetzte „Kampfruhe“ freigelassen worden. Trotz des protestantischen Drucks, die wirksamere Bekämpfung der IRA selbst in die Hand zu nehmen, hofft der Innenminister mit dieser Befriedungsgeste einen vollen neuen Start des IRA-Bombenkrieges zu verzögern. Zukünftig hat der Nordirlandminister persönlich jeden einzelnen „Haftbefehl“ zu unterzeichnen, falls die Intervention eines verdächtigen Terroristen, dessen gerichtliche Überführung wegen der Einschüchterung von Zeugen erschwert ist, für nötig befunden werden sollte.

Trotz der von der IRA betriebenen Kampagne gegen die Internierung — das traditionelle Symbol für englische oder nordirische Unterdrückung — posiert der IRA-Führer die Entlassungspolitik schon gar nicht in ihr Konzept, da die Rückkehr vieler entlassener Terroristen zum Partisanenkampf, zu Reibereien mit den luxuriosen auf die freigeordneten höheren Ränge vorgerichteten jüngeren IRA-Kommandanten führt und damit auch ein wirksames

Argument gegen britische Unterdrückung beseitigt wird.

Nach dem Flasko der frühen Londoner Versuche, die nordische Mehrheit und die Mindheit zu irgendeiner Form des Zusammenlebens zu beeinflussen, hält sich die britische Regierung jetzt bewusst von politischen Interventionen zurück. Die Konvent-Vertreter sollen allein die politische Zukunft Nordirlands beraten. In einem De mentenaustausch wurden Dienstag die Positionen der Lager nochmals definiert. Die Loyalisten bleiben bei Angebot, der die Katholiken treuenden „Sozialdemokraten und Labour Party“ (SDLP). Führung untergeordneter Forderungen ausschüsse zu erlauben, keine gewaltenteilenden Ämter einem Mehrheitskabinett. SDLP besteht auf einem sprachrechtlich im Kabinett allein bei den Kernfragen Sieberkeit im allgemeinen Polizei im besonderen. Das Ergebnis der Gespräche wird einem Bericht des Konvents für die britische Regierung

stimmte ist. Niederschlag falls es vorher nicht zu einem Kompromiss kommen wäre mit dem Zusammen des Konvents der IRA der S zum erneuten Losschlagen geben. Vorläufig sind die Mehrheit und Minderheitsvertreter Konvent sowie andererseits Londoner Regierung und die IRA bemüht, nicht mit Verantwortung für ein weltweites Blutbad belastet zu werden. „Die Press



Politik mit Worten und Waffen

(Schluss von S. 3)

Mitgliedschaft zu suspendieren. Politisch gesehen also zieht das Interimabkommen Ägypten ein gutes Stück aus der Konfrontation der arabischen Staaten mit Israel zurück und verzettelt im übrigen ein arabisches Übereinkommen, keine Separatverhandlungen mit Israel zu treffen. Der Argwohn der Syrer und der Palästinenser, Ägypten sei nach dem Abkommen nur noch als halber Verbündeter anzusehen, ist gewiss nicht unbegründet: was die beiden ernstesten Feinde Israels betrifft, so versucht Washington ihrem Zornesausbruch schon jetzt durch die Verheissung neuer Abkommen vorzubeugen.

Den grössten Nutzen zieht Israel jedoch aus den Zusicherungen Washingtons, deren Wert nicht allein wirtschaftlicher und militärischer Natur ist, obwohl gerade die Lieferung modernster US-Kriegsgeräts an Jerusalem seine Wirkung auf die arabische Welt nicht verfehlen dürfte. Auf lange Frist bedeutender scheint zu sein, dass sich Washington noch ein Stück tiefer in das Nahostgerangel ziehen lässt. Seine noch von einem misstrauischen Kongress zu billigende Bereitschaft, Personal für die Frühwarnstationen in der Pufferzone zwischen Israel und Ägypten zu stellen, gibt zwar einem Zwang nach, ist aber auch ein Symbol.

Sollte gar zutreffen, dass Washington zugesagt hat, eine Garantie für die Stationierung von Streitkräften in der Pufferzone auf dem Sinai für den Fall zu übernehmen, dass die UNO-Truppen von Sicherheitsrat (in dem die USA ein Vetorecht haben) zurückgezogen werden, so wäre darin nicht nur ein grosser israelischer Verhandlungserfolg zu sehen, sondern auch ein Ausdruck wachsender Einsicht in der gegenwärtigen Führung Amerikas, dass ohne eine Garantie durch die beiden Supermächte jede Regelung des Nahostkonflikts nur von sehr begrenztem

Wert sein würde. Damit stellt sich die Frage nach der künftigen Rolle der Sowjetunion in dieser Region. Moskau lässt Kissinger in auffälliger Weise gewähren. Aber vielleicht ist das nur ein bislang unentdeckter Seitenaspekt der Entspannungspolitik.

Jerzy Edigey

DER TOTE MIT DEM SCHLÜSSEL

26.

„Von welcher Farbe?“
„Dunkel. Vielleicht braun.“
„Vielleicht oder bestimmt?“
„Vielleicht.“
„Und die Haarfarbe?“
„Die habe ich nicht gesehen. Er hatte eine Mütze auf. Eine Fahrradmütze. Sicher eine dunkle, wohl schwarz. Nach etwas. Er hatte den Mantelkragen hochgeklappt.“

„Hat er sich nicht umgedreht, als er Sie kommen hörte?“
„Nein, er hielt mir die ganze Zeit den Rücken zugewandt.“
„Und dann?“
„Ich überquerte den Treppenhals und stieg höher, ohne ihn zu beachten. Da vernahm ich hinter mir Schritte. Verdächtig leise. Deshalb drehte ich mich auch um. Er schlich mir nach.“

„Sahen Sie ihn?“
„Als ich mich umwandte, befand er sich schon hinter mir. Vor allem bemerkte ich seine erhobene Hand, in der er einen hellen Gegenstand hielt.“
„Eine Axt? Einen Hammer? Ein Stück Eisen?“
„Eher ein Stück Eisen. Jedenfalls keine Axt. Ich hab den Arm über den Kopf und fing an zu schreien. Aber ich schaffte es nicht mehr, mich vollends zu decken. Mein Arm bekam etwas ab und der Kopf. Sonst erinnere ich mich an nichts mehr. Mir wurde schwarz vor Augen, ich fühlte, wie ich fiel. Aufgewacht bin ich erst hier im Bett.“

„Und das Gesicht des Mannes? Seine Augen?“
„Er hatte kein Gesicht. Das war das Furchtbare. Unter dem Mützenschirm war ein schwarzer Fleck, ohne Augen, ohne Mund. Nur die Nase war leicht angedeutet.“

„Ungefähr so?“
Der Leutnant holte ein Stück schwarzen Seidenstrumpf aus seiner Uniformtasche und zog ihn übers Gesicht. Das Mädchen zuckte vor Angst zusammen. „Genau so. Jetzt könnte ich schwören, dass Sie's gewesen sind, Herr Leutnant“, rief sie und lachte bläss.

„Zum Glück habe ich ein Alibi.“ Der Polizeioffizier sagte das halb scherzend, halb im Ernst.

„Ein dunkler Strumpf also. Jetzt verstehe ich...“
„Ich nehme an“, fügte Widorski hinzu, „dass der Angreifer die Mütze bereithielt. Nachdem Sie an ihm vorbeigegangen waren, zog er sie mit einer einzigen Bewegung von der Stirn übers ganze Gesicht, holte ein Brecheisen aus der Manteltasche und schlich Ihnen nach. Aber er machte das etwas zu laut. Er kam nicht darauf, die Schuhe auszuziehen. Wenn er in Socken gewesen wäre, hätten Sie seine Schritte nicht gehört.“

„Bestimmt nicht“, räumte das Mädchen ein. „Eben die leisen Schritte haben mich stutzig gemacht. Wäre er frisch draußengegangen, dann weiss ich nicht, ob ich ihn beachtet hätte.“

„Unter diesen Umständen wage ich nicht einmal zu fragen, ob Sie ihn erkennen würden.“
„Bestimmt nicht.“

„In der Buzekstrasse war ich schon, habe aber nichts erreicht. Der Täter scheitert sich gleichsam in Luft aufgelöst zu haben. Niemand hat ihn aus dem Haus kommen sehen oder gehört, dass einer die Treppe hinuntergelaufen wäre. Ich hatte angenommen, er sei nach hinten gerannt, um die Verfolger irrezuführen, aber auch das trifft nicht zu. Man hat Ihren Schrei sogar in der dritten Etage vernommen. Die Leute, die dort aus den Wohnungen stürzten, haben auch niemanden bemerkt. Andererseits ist es gut, dass Sie so laut geschrien haben. Der Mann bekam Angst. Einen zweiten Schlag wagte er nicht mehr, obwohl, wie man sieht, ihm viel daran gelegen war, die Schar der Engel zu vergrössern.“

„Eben das kann ich nicht begreifen. Warum wollte er mich ins Jenseits befördern? Ich trage doch keine Schätze mit mir herum. Zu Hause haben wir keine Wertsachen, weil wir nicht im Überfluss leben. Meine Mutter muss an allen Ecken und Kanten sparen und vollbringt wahre Wunder, damit wir was Anständiges auf dem Leib und im Magen haben.“

„Das Mordmotiv war nicht materieller Natur“, antwortete der Leutnant.

„Also Rache für die Sache mit der Butter?“
„Selbst wenn man annimmt, der Mörder weiss von Ihrer Entdeckung, ist Rache ausgeschlossen. Nebenbei, ich bin neugierig, ob Sie jemandem von unserer Zusammenarbeit erzählt haben?“

„Davon wissen vor allem meine Freunde, die mich gezwungen haben, zur Mütze zu gehen. Sonst habe ich niemandem ausser Frau Popiela und Herrn Deubel etwas erzählt.“

„Danke, das genügt! Also wissen es alle. Ein Geheimnis, das man zwei Personen anvertraut, hat man Tausenden anvertraut. Ich hatte ganz und gar vergessen, Ihnen einzuschärfen, dass man volle Diskretion wahren müsse. Aber konnte ich ahnen, dass Sie bei so guten Arbeitsergebnissen gleichzeitig so naiv und leichtsinnig sein würden? Sie haben dafür teuer bezahlt, buchstäblich den eigenen Kopf hingehalten.“

„Also doch Rache?“
„Nein. Einfach Angst. Entweder befürchtet der Täter, dass Ihren ersten Enthüllungen weitere folgen

könnten, die zu einer unmittelbaren Entlarvung föhler oder er fürchtet...“

„Was?“
„Das, was Sie Ihren ‚Alpdruck‘ genannt haben gingen am Tage des Verbrechens die Treppe hin und trafen jemanden, der heraufkam. Den Täter? Er kennt Sie, und er lebt in der ständigen Angst, Sie ihm sich gemerkt haben oder dass Sie sich erinnern könnten, wer es gewesen ist. Deshalb er lieber nicht riskieren zu warten, sondern has geschlagen.“

„Er hat wirklich zugeschlagen“, sagte das chen lachend, „aber ich habe eben Glück.“

„Ich glauhe, sehr viel sogar. Mehr jedenfalls Verstand.“

„Man soll kranke Menschen nicht ärgern!“ Hanka.

„Gut, ich tu's nicht mehr. Aber jetzt bin ich ends überzeugt, dass das kein Traum gewesen ist. dern dass Sie den Mörder wirklich gesehen h Mehr noch, Sie müssen ihn kennen. Wenn Sie erinnern könnten, wer damals die Treppe herauf wäre die Sache geklärt.“

„Leider geht das nicht. Ich habe es so oft vers Ohne Erfolg.“

„Versuchen Sie es noch einmal. Hier im Kra haus. Ein paar Tage völlige Ruhe könnten das sprechende Resultat bringen.“

„Gleich, ein paar Tage? Spätestens morgen ich weg von hier. Vielleicht noch heute abend.“

„Davon kann keine Rede sein. Im Krankenhaus sind Sie sicher. Wenn Sie es verstanden, müsste überlegen, wie wir Sie schützen. Schlimmste geben wir Ihnen für ein paar Tage eine Bewach „Einen Geheimen? Damit er ständig hinter herläuft? Nein, vielen Dank, ich bin entschiede gegen.“

„Wie Sie wollen“, sagte der Leutnant fast im I „Ich zweifle nicht, dass sich Staatsanwalt Szczepi dazu überreden lässt, Ihnen Schutzhaft angel zu lassen. Das wäre sogar sicherer. Der Krug nämlich so lange zum Wasser, bis er bricht. Di gelang es dem Burschen nicht, Sie aus dem W räumen. Wer garantiert uns, dass er seine Bem gen nicht wiederholt?“

„Und meine Liste?“
„Die bringe ich Ihnen morgen. Hierher, ins kenhaus. Jetzt gehe ich zum Staatsanwalt. Ich ihm Bericht erstatten.“ Der Leutnant verabschied sich von der Kranken.

Staatsanwalt Witold Szczepinski hörte sich Bericht des Kriminalbeamten über den Anschlag Hanka Wroblewska aufmerksam an.

(Fortsetzung folgt)

September und Feiertage
in ZFAT in der
Pension „Tel Aviv“,
BETH BERENSON,
Tel. 067-31381/2
Sie sind eingeladen,
im Monat September
und während der Feiertage
— schöne Suka, kascher
hier zu verbringen.
Herzliches Klima, Wildchen
und gepflegter Garten.
Opferbedingungen.

